



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Das Regierungspräsidium Tübingen des Landes Baden-Württemberg verarbeitet bei der **Bearbeitung und Abwicklung im Rahmen der reaktiven und aktiven Marktüberwachung** personenbezogene Daten.

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Regierungspräsidium Tübingen
Konrad-Adenauer-Straße 20
72072 Tübingen
Telefon: 07071 757-0
E-Mail: poststelle@rpt.bwl.de

2. Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie postalisch über die unter Ziff. 1 angegebene Postanschrift oder unter folgenden E-Mail-Adressen und Telefonnummern:

Regierungsbezirk Tübingen:
E-Mail: Datenschutz@rpt.bwl.de
Telefon: 07071 757-0

3. Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

a) Zweck

Wir verarbeiten Ihre Daten im Rahmen der reaktiven und aktiven Marktüberwachung.

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO, § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) sowie den einschlägigen europarechtlichen und nationalen Vorschriften für die Marktüberwachung.

Diese finden sich insbesondere im Marktüberwachungsgesetz (MüG), im Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) und auf Grundlage des ProdSG ergangenen Verordnungen, Verordnung (EG) Nr. 2019/1020, Verordnung (EU) 2016/425, Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG) und die auf Grundlage des GGBefG ergangene Verordnung ODV, Immissionsschutzgesetz und der damit in Zusammenhang stehenden 10., 28. und 32. Bundesimmissionsschutzverordnung, Sprengstoffgesetz (SprengG) und auf Grundlage des SprengG ergangenen Verordnungen, Richtlinie 2014/28/EU, Richtlinie 2013/29/EU, Medizinproduktegesetz (MPG) und auf Grundlage der EU-Medizinprodukteverordnung (MDR) (EU) 2017/745, Richtlinie 93/42/EWG, Chemikaliengesetz (ChemG) und auf Grundlage des ChemG ergangenen Verordnungen, Verordnung (EG) 1907/2006, Verordnung (EG) 1272/2008, Verordnung (EG) 648/2004, Verordnung (EG) 850/2004, Verordnung (EG) 1005/2009, Verordnung (EU) 528/2012, Verordnung (EU) 649/2012, Verordnung (EU) 517/2014, Verordnung (EU) 872/2017, Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und auf Grundlage des KrWG ergangenen Verordnungen, Verordnung (EU) 1103/2010, Energieverbrauchsrelevante Produktegesetz (EVPG), Neue Rahmenverordnung für Energieverbrauchskennzeichnung (EU) 2017/1369 und Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) sowie auf deren Grundlage ergangene Verordnungen, EU-Bauproduktenverordnung VO (EU) Nr. 305/2011, Bauproduktegesetz (BauPG), der EU-Textilkennzeichnungsverordnung (EU) Nr. 1007/2011, der Textilkennzeichnungs-Zuständigkeitsverordnung (TKZuVO), dem Marktüberwachungsverordnungs-Durchführungsgesetz BW, der Verordnung (EU) 2019/1148 sowie dem Ausgangsstoffgesetz (AusgStoffG).

Sofern der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g) DS-GVO.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir verarbeiten insbesondere:

- Sachverhaltsdarstellung mit Personenbezug
- Vor- und Nachname, Titel
- Geschlecht
- Kontaktdaten (bspw. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)

5. Woher stammen Ihre Daten?

Wir verwenden vor allem die personenbezogenen Daten, die im Rahmen der reaktiven und aktiven Marktüberwachung erhoben werden. Darüber hinaus verarbeiten wir im Einzelfall auch weitere Informationen, die wir von den Behörden / Kommunen erhalten, die wir ggfs. zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts um eine Stellungnahme gebeten haben.

6. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Im Rahmen der reaktiven und aktiven Marktüberwachung müssen wir den maßgeblichen Sachverhalt umfassend aufklären. Ihre Daten legen wir in einer elektronischen Akte ab; zudem erfassen, verwenden und speichern wir diese auch elektronisch und verändern sie gegebenenfalls.

7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Die personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeiten, geben wir nur dann an andere Stellen, Behörden oder Dritte weiter, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

In Betracht kommen dabei insbesondere folgende Empfänger:

- Beauftragte Rechtsanwaltskanzlei
- Marktüberwachungsbehörden anderer Bundesländer / EU-Staaten
- Meldebehörden
- Gerichte
- Archive
- Rechnungshof

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Hinsichtlich der Anforderungen von Unterlagen und Informationen kann nach den einschlägigen europarechtlichen und nationalen Vorschriften für die Marktüberwachung eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten bestehen (s. Ziff. 3a.) Im Übrigen besteht keine Pflicht.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert und die Akten so lange aufbewahrt, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

Gemäß der Verwaltungsvorschrift der Ministerien, des Rechnungshofs und des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit über die elektronische Aktenführung und Bearbeitung von Geschäftsvorfällen (VwV E-Akte) werden die personenbezogenen Daten im Regelfall höchstens 5 Jahre aufbewahrt und gespeichert. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die letzte Verfügung zu den Akten erledigt wurde.

10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a) **Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)**

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und - wenn ja - welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen

g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie das jeweilig verantwortliche Regierungspräsidium postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des jeweiligen Regierungspräsidiums zukommen lassen. Die entsprechenden Adressen finden Sie unter Ziff. 2.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe eine Beschwerde erheben bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW).